

beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung eingereicht, in der der Geschäftsleitung aufgegeben werden sollte, ihn nicht länger am Betreten des Betriebs und an der Arbeitsaufnahme zu hindern. Und der Richter urteilte, „daß Streik und Aussperrung keine gleichwertigen Kampfmittel sind.“ Und erklärte damit als erstes deutsches Gericht die Aussperrung von Arbeitnehmern für rechtswidrig. Der einstweiligen Verfügung gab er allerdings nicht statt.

Die Drucker und Setzer hielten indes ihre Arbeitsplätze rund um die Uhr und über das Wochenende besetzt. Bis am 21. März die wochen- und monatelangen Verhandlungen über die Einführung einer neuen Technik im Druckerei- und Verlagsgewerbe mit einem Tarifvertrag ihren Abschluß fanden.

„Wir hatten nichts zu verlieren“, meint ein Metteur. „Jetzt haben wir wenigstens die Gewähr, daß wir bei einer Umstellung nicht sofort auf der Straße liegen.“ „Erst nach Ablauf von acht Jahren nach Beginn der Umstellung“ hieß es in der ersten Ausgabe der FR nach dem Arbeitskampf über den neuen Tarifvertrag, „kann die Unternehmensleitung für diese Aufgaben ihr geeignet erscheinende andere Arbeitskräfte einstellen. Vor Ablauf der Frist sind diese Tätigkeiten Fachkräften der Druckindustrie vorbehalten, und es müssen im Bedarfsfall solche Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt gesucht werden . . . Die Facharbeiter, die in diesem Bereich beschäftigt werden, erhalten eine dynamisierte Lohnabsicherung auf der Basis des Maschinensetzerlohns. Konkret heißt das: diese Fachkräfte werden künftig zwar nach einem Angestellten-tarif entlohnt, sie erhalten jedoch bis zum Ende ihres Arbeitslebens zusätzlich die Differenz zwischen diesem Tarifgehalt und ihrem jetzigen Maschinensetzer-tarif erstattet.“

Eines wird die Umstellung auf die neue Technik mit sich bringen: In einem männerdominierten Beruf wie dem der Drucker und Setzer werden mit den neuen Texterfassungsgeräten auch Frauen Einzug halten, sobald keine im Betrieb beschäftigten Fachkräfte mehr berücksichtigt werden müssen. In den Augen der Unternehmer ist die Bedienung der Geräte keine Arbeit mehr für Fachkräfte, wird deshalb auch niedriger bezahlt. Wie immer werden dann Frauen eingesetzt werden.

Mit dem neuen Tarifvertrag sind die sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen zwar gemildert, die Fragwürdigkeit eines technischen Fortschritts aus Gewinn- und Wettbewerbsinteressen allerdings bleibt weiterhin bestehen.

Sylvia Steinecke

Knastnachrichten und Gerüchte

Der »Durchblick« in Preungesheim

Eine neue "Frauengefangenenzeitung" soll vorgestellt werden und stellt sich "in eigener Sache" selber vor; sie tut dies mit einem Programm, das typisch ist für den Zusammenschluß von Abhängigen. Von Gefangenen gemacht, aber mit Zensur. Entsprechend kreisquadratisch ist dieses Programm: zwischen der Anschmeichelung nach oben durch Wohlverhalten und einer revoltierenden Kritik, die das zugestandene Rederecht sofort verwirken würde, muß die Redaktion sich durchbalancieren. Das garantiert Vorwürfe und Mißverständnis von allen Seiten.

Was drin steht ?

Z.B. Knastnachrichten und -gerüchte; z.B. Informationen über Beihilfe-Anspruch, über Aufgaben der Mitverantwortung; z.B. ein Bericht über den Plan zu einer Literaturgruppe, in der Bücher über die und aus der Frauenbewegung gelesen werden sollten: ein Verbot ist nicht nötig gewesen, nur Protokollpflicht, um das Vorhanden zu verhindern. Daß nicht alle Arten von Gruppen sich frei treffen dürfen, ist - innerhalb der Institution 'Vollzug' - verständlich; aber daß dieses Verbot nicht direkt ausgesprochen wird, sondern der schwarze Peter an die Antragsteller zurückgegeben wird, sagt auch was über die Anstaltsleitung, und zwar gerade einer solchen, die versucht, bei gegebenen Umständen, so "menschlich" wie institutionsmöglich zu verwalten.

Die Anstaltsleiterin, Eva von Pilgrim, gibt der Redaktion ein Interview mit - auch nur schriftlich vorher eingereichten - Fragen zur Möglichkeit eines häufigeren Umschlusses (alle Gefangenen dürfen innerhalb eines geschlossenen Bereiches zusammensein). Auf die Frage, wie sie zum letzten Umschluß stehe, antwortet sie: "Ich fand es einleuchtend, daß Sie die Frauen, mit denen Sie sich im Arbeitsbetrieb oder in den Freizeitgruppen angefreundet haben und die nicht auf Ihrer Station wohnen, einmal besuchen wollen. Ähnlich besucht man ja auch Freunde oder Verwandte zum neuen Jahr". Und auf die Frage, inwieweit sie Gefangenen - die sie übrigens "Klienten" nennt - Eigenverantwortung zutraue, sagt sie: "Das Zusammenleben so vieler Menschen auf so engem Raum ist allerdings ohne Einhaltung von Regeln, die die Freizügigkeit für jeden Einzelnen einschränken, nicht möglich." Da möchte jemand offenbar so sehr glätten und verfreundlichen, daß sie ihren Arbeitsbereich schon nicht mehr wahrnehmen kann als das, was er ist: als Gefängnis mit Gefangenen. Das ist der Redaktions-



wahrscheinlich schon gar nicht mehr aufgefallen.

Gut finde ich, daß die Frauen versuchen gegen die vielleicht älteste Knastkrankheit anzuarbeiten: die nämlich, daß sich eine gegen die andere ausspielen läßt. "Aber wie sieht's denn bei uns mit der Solidarität aus?... Hier sieht's doch so aus, daß jeder nur an sich denkt, sich jeder für einen besseren Knacki hält ... und wehe eine andere hat was, was sie nicht hat ... Dann fängt das große Gebrüll an. Anstatt gemeinsam zu brüllen und für alle was zu erreichen, gibt's hier nur Neid und Mißgunst."

Zum 'gemeinsamen Brüllen' soll der abgedruckte Bericht von Margit Czenki aus Aichach Mut machen: "Überlegt doch mal, daß wir's bis jetzt eigentlich nur der Anstaltsleitung recht gemacht haben, wir müssen mal an uns denken, schließlich müssen wir hier leben und nicht die Bediensteten... Wir müssen zusammenhalten und nicht etwa Angst haben, irgendwelche Vergünstigungen gestrichen zu bekommen. Die Angst ist es ja, die uns ruhig hält."

Auch 'humaner Strafvollzug' kann/will/ muß allenfalls "für uns" etwas machen, schreibt die Redaktion dazu, nicht "mit uns". Und der Schlußsatz ihres Kommentars lautet: "Man hätte uns auf alle Fälle mal fragen können, ob wir überhaupt in 'diese' Gesellschaft resozialisiert (wieder eingegliedert) werden wollten."

Christel Dormagen